



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	108
Honorarprozeß des Steuerberaters	109
– Sachverständigengutachten	
– Schadenersatz wegen unberechtigter fristloser Kündigung des Steuerberatervertrages (BGH Ur. v. 13.12.1988 – XI ZR 26/88)	
Honorar des Wirtschaftsprüfers	111
– Anwendung der Steuerberatergebührenverordnung (StGebV) (OLG Düsseldorf Ur. v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 – rkr.)	
Steuerberatungsvertrag	116
– Mängelbeseitigung	
– Gebühren für Neuerstellung der Umsatzsteuererklärung	
– Anmerkung (LG Düsseldorf Ur. v. 19.7.1988 – 10 O 119/88)	
GI Hinweis	118

GI Leitsätze

Gewinnfeststellungserklärung durch Anwaltssozietät

1. Die Gewinnfeststellungserklärungen einer Rechtsanwaltssozietät sind von den Mitgliedern der Sozietät abzugeben.
2. Wird eine Gewinnfeststellungserklärung ohne ausreichende Entschuldigung nicht fristgemäß abgegeben, so kann das Finanzamt gegen ein Mitglied der Sozietät einen Verspätungszuschlag festsetzen. Das Finanzamt kann insbesondere dasjenige Mitglied der Sozietät mit einem Verspätungszuschlag belegen, das in Erledigung der Steuerangelegenheiten oder als Empfangsbevollmächtigter im Sinne des § 183 AO hervorgetreten ist.

(BFH Urt.v. 21. 5. 1987 – IV R 124/83 – BFH NV 1988, 760)

Prüfung einer Steuerberatersozietät durch örtlich unzuständiges Finanzamt

Wird gemäß § 195 Satz 2 AO ein anderes als das örtlich zuständige Finanzamt mit der Durchführung einer Außenprüfung bei einer Steuerberatersozietät sowie bei deren Gesellschaftern beauftragt, so muß zumindest durch einen Aktenvermerk Gewißheit darüber geschaffen werden, bei welchen Gesellschaftern geprüft werden soll; außerdem sind die zu prüfenden Steuerarten und Prüfungszeiträume festzulegen.

(BFH Urt.v. 10. 12. 1987 – IV R 53/86 – BFH NV 1988, 752)

Gewinnfeststellung der Einkünfte einer Sozietät

Schließen sich mehrere Rechtsanwälte zu einer Sozietät zusammen, so kann das FA in dem Fall, daß kein gemeinsamer Empfangsbevollmächtigter bestellt worden ist, Bescheide über die einheitliche Feststellung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit einem der Rechtsanwälte als Empfangsbevollmächtigten i. S. des § 183 Abs. 1 Satz 2 AO 1977 bekanntgeben.

(BFH Urt.v. 23. 6. 1987 – IV R 33/86, BStBl. 1988, 979)

Abschreibung des Praxiswerts

1. Eine Abschreibung des Praxiswerts setzt voraus, daß er sich tatsächlich und nachweisbar verflüchtigt.
2. Die Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG bezüglich des Geschäfts- oder Firmenwerts aufgrund des BiRiLiG betrifft den Praxiswert nicht.

Anmerkung:

Aus einer Steuerberatungssozietät war der Senior-Partner ausgeschieden und der schon langjährige tätige Mitarbeiter in die Sozietät unter käuflichem Erwerb von Anteilen an dem Praxiswert eingetreten. Das Finanzgericht vermochte nicht zu erkennen, inwiefern sich der Praxiswert verflüchtigt haben könnte.

(FG Rheinland-Pfalz Urt.v. 23. 3. 1987 EFG 1987, 449)

Honorarprozeß des Steuerberaters

- Sachverständigengutachten
- Schadenersatz wegen unberechtigter fristloser Kündigung des Steuerberatervertrages

(BGH Urt. v. 13.12.1988 – XI ZR 26/88 – INF 1989, 166 = StB 89, 122)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Will das Gericht von dem Inhalt des Sachverständigengutachtens abweichen, so hat es den Sachverständigen ergänzend zu hören, einen anderen Sachverständigen zu beauftragen oder seine eigene Sachkunde ausreichend zu begründen.
2. Ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung eines Steuerberatervertrages liegt vor, wenn dem Kündigenden nach Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar ist, das Vertragswerk bis zum Ablauf der Frist für die ordentliche Kündigung fortzusetzen.

Aus den Gründen:

1. Nach Ansicht des Berufungsgerichts stehen dem Kläger für die **Buchführungsarbeiten** in der Zeit vom 1.1.1981 bis zum 30.9.1984 nur noch insgesamt 15.719,35 DM zu. Im Gegensatz zu dem vom Landgericht hinzugezogenen Sachverständigen ist es der Auffassung, daß nicht die Festsetzung der Höchstgebühren nach §10 AllGO bzw. §11 StbGebV, sondern lediglich die Berechnung einer 7%-Gebühr nach diesen Vorschriften angemessen sei. **Schadenersatzansprüche** des Klägers hat es mit der Begründung verneint, die fristlose Kündigung des (nach der vertraglichen Vereinbarung erst zum Ende des Jahres 1985 kündbaren) Steuerberatervertrages sei angesichts des Verhaltens des Klägers im Zusammenhang mit der Gebührenberechnung gerechtfertigt.
2. Bei der Berechnung der Gebührenforderungen des Klägers für die Buchführungsarbeiten ist das Berufungsgericht zutreffend davon ausgegangen, daß der Steuerberater nach den hier anwendbaren Regelungen des §10 AllGO und des §11 StbGebV in den Grenzen der Rahmengebühren die Vergütung unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der Aufgabe nach billigem Ermessen zu bestimmen hat und daß im Streitfall diese Bestimmung durch das Gericht erfolgt. Mit Recht wendet sich jedoch die Revision dagegen, daß das Berufungsgericht **den vom Landgericht auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens zuerkannten Betrag erheblich gekürzt**

hat, ohne den in erster Instanz hinzugezogenen Sachverständigen ergänzend zu hören oder einen anderen Sachverständigen zu beauftragen.

Der Tatrichter ist zwar nicht gehindert, von einem Sachverständigen-gutachten abzuweichen. Er muß dann aber seine eigene Sachkunde im Urteil ausreichend begründen und sich mit den Argumenten des Gutachters sachlich auseinandersetzen. Ob dies in genügender Weise geschehen ist, unterliegt der revisionsrechtlichen Überprüfung (...). Hält der Tatrichter ein schriftliches Gutachten für unvollständig oder unklar, so muß er es sich im allgemeinen ergänzen oder erläutern lassen, sofern er nicht wegen der Mängel die Einschaltung eines anderen Sachverständigen für geboten hält (...). Diese Grundsätze hat das Berufungsgericht nicht beachtet.

Der Hinweis im angefochtenen Urteil, der Sachverständige habe gebeten, ihn aus Altersgründen nicht mehr hinzuzuziehen, rechtfertigt ein Abweichen von dem Gutachten unter Verzicht auf jede sachverständige Beratung in der Berufungsinstanz für sich allein nicht. ...

Die weitere Begründung des Berufungsgerichts, im vorliegenden Fall seien „andere, nicht der Sachverständigenbeurteilung zugängliche Kriterien von entscheidender Bedeutung“, setzt sich in Widerspruch zu der anschließend folgenden Auseinandersetzung mit den einzelnen in §10 AllGO, §11 StbGebV niedergelegten Kriterien. Daß in diesem Bereich der sachverständigen Beratung des Gerichts besondere Bedeutung zukommt, ergibt sich aus der Regelung des §12 Abs. 2 BRAGO, die für den **Parallelbereich der Rechtsanwaltsrahmengebühren** sogar ausdrücklich die Einholung eines Gutachtens des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer vorschreibt.

Eigene ausreichende Sachkunde hat das Berufungsgericht nicht dargelegt. Es hat im Gegenteil darauf hingewiesen, daß der Umfang der Buchführungsarbeiten „für den Senat schwer zu überschauen“ sei. Gerade für diesen wesentlichen Gesichtspunkt bei der Ermittlung des angemessenen Honorars wäre es daher auf die Hilfe eines Sachverständigen angewiesen gewesen.

Allein dieser Rechtsfehler führt bereits zur Aufhebung des Urteils hinsichtlich der Höhe des Buchführungshonorars. Auf die weiteren Angriffe der Revision gegen die Erwägungen des Berufungsgerichts zur Bestimmung der angemessenen Vergütung braucht daher im einzelnen nicht eingegangen zu werden.

3. Auch die Annahme des Berufungsgerichts, der Beklagte habe einen **wichtigen Grund zur Kündigung des Steuerberatervertrages gehabt**, hält rechtlicher Überprüfung nicht stand.

Das Berufungsgericht stützt sich allein auf das Verhalten des Klägers bei der Berechnung der Vergütung für die Buchhaltungsarbeiten. Es wirft ihm vor, unvermittelt und verfrüht für drei Jahre abgerechnet und dabei den Gebührenrahmen voll ausgeschöpft zu haben, nachdem er in der Auseinandersetzung über die Vergütung für die Erstellung der Bilanzen nicht das klärende Gespräch gesucht habe. Diese Betrachtungsweise läßt die umfassende Würdigung aller Umstände des Einzelfalles vermissen. Nur wenn es dem Kündigenden nach dem Ergebnis dieser **Gesamtbetrachtung unter Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar ist**, das Vertragsverhältnis bis zum Ablauf der Frist für die ordentliche Kündigung fortzusetzen, liegt ein wichtiger Grund zur Kündigung vor (...). Dabei darf das vorausgegangene Verhalten des Kündigenden nicht unberücksichtigt bleiben. Das Berufungsgericht hat insbesondere nicht in Erwägung gezogen, daß der Beklagte mit seiner – nach den unangefochten gebliebenen Darlegungen des Landgerichts im Ergebnis unberechtigten – Beanstandung der Rechnung vom April 1984 und der damit verknüpften Androhung, das Vertragsverhältnis zu lösen, den ersten Anlaß für die Störung des Vertrauensverhältnisses gegeben hat. Im übrigen wird die erneute Prüfung der für die Buchführungsarbeiten berechneten Gebühren möglicherweise das Verhalten des Klägers in anderem Licht erscheinen lassen."

Honorar des Wirtschaftsprüfers

– Anwendung der Steuerberater-
gebührenverordnung (StbGebV)

(OLG Düsseldorf Urf. v. 6. 4. 1989 – 18 U 215/88 – rkr.)

Leitsatz:

Erbringt ein Wirtschaftsprüfer Hilfeleistungen in Steuersachen, so bestimmt sich mangels anderweitiger Vereinbarung seine Vergütung nach der Steuerberatergebührenverordnung.

Aus den Gründen:

- I. Rechtliche Grundlage für die vom Kläger geltend gemachten (restlichen) Honoraransprüche sind die §§ 675, 611 BGB. Davon gehen das Landgericht und alle Beteiligten zutreffend aus.

Der Kläger hat die von ihm in Rechnung gestellten Arbeitsleistungen unstreitig erbracht, ausgenommen die zwischen den Parteien umstrittene „laufende Beratung“. Die in den Rechnungen ausgewiesene Tätigkeit stellt sich als umfassende Beratungstätigkeit auf den Gebieten der Buchführung, Bilanzierung und bei Steuerfragen dar. Im Rahmen einer solchen auch zeitlich fortlaufend erbrachten Tätigkeit steht aber nicht das einzelne Arbeitsergebnis (z. B. die Anfertigung einer Bilanz) im Vordergrund, sondern die auf eine zeitliche Dauer angelegte Dienstleistung. Das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien ist demgemäß als **Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter zu qualifizieren** (vgl. BGH VersR 1980, 264; RGRK-BGB, 12. Aufl., § 631 Rdn. 201; MünchKomm zum BGB, 2. Aufl., § 611 Rdn. 690).

- II. Für die **Höhe** der für die Dienstleistungen des Klägers vom Beklagten geschuldeten **Vergütung** gilt § 612 BGB. Danach ist in erster Linie maßgeblich, was die Vertragspartner als Vergütung vereinbart haben. Fehlt es an einer ausdrücklichen Vereinbarung, so ist – wenn vorhanden – die taxmäßige Vergütung geschuldet, in Ermangelung einer Taxe die übliche Vergütung (§ 612 Abs. 2 BGB).

Eine **Vereinbarung** über die dem Kläger für seine Leistungen zustehenden Vergütungen liegt nicht vor. Der Kläger beruft sich für seine gegenwärtige Auffassung auch nur auf das kritiklose Hinnehmen früherer gleichartiger Rechnungen durch den Beklagten. Darin liegt aber noch keine „Vereinbarung“, welche begrifflich einen entsprechenden Geschäftswillen bei beiden Vertragspartnern voraussetzt, der zudem dem anderen gegenüber erkennbar geäußert werden muß (Vertragsgedanke). Allein aus der kritiklosen Hinnahme und Bezahlung von Honorarrechnungen läßt sich aber ein solcher, auf den Abschluß einer entsprechenden Gebührenvereinbarung gerichteter Geschäftswille nicht ableiten. Diese Haltung kann vielmehr auch darauf beruhen, daß der Leistungsempfänger dem Leistenden uneingeschränktes Vertrauen schenkt und dessen Rechnung deshalb gar nicht überprüft. Für eine entsprechend gewollte Gebührenvereinbarung bedarf es vielmehr zusätzlicher Umstände, aus denen sich eine entsprechende Billigung und ein entsprechender Bindungswille ergeben. Daran fehlt es hier.

Die geschuldete Vergütung läßt sich auch nicht unmittelbar nach den Sätzen der **Steuerberatergebührenverordnung** (StGebVO) berechnen. Diese gilt nämlich nur für die Vergütung (Gebühren und Auslagenersatz) des Steuerberaters, des Steuerbevollmächtigten und der Steuerberatungsgesellschaften (§1 StGebVO). Die ausdrückliche Geltungsabgrenzung in der genannten Vorschrift verbietet es auch,

die Verordnung in den Fällen entsprechend anzuwenden, in welchen **Steuerberaterleistungen von einem Nichtsteuerberater erbracht werden** (Lehwald in Beck'sches Steuerberater-Handbuch 1986, Rdn. 24; Thümmel, Einzelfragen zur neuen StGebVO, DB 1982, 1192, 1194).

- III. Andererseits sind neben Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen auch Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer befugt (§ 3 StBerG). Erbringt ein Wirtschaftsprüfer – wie hier der Kläger – Leistungen, die nach dem typisierenden Gebührentatbeständen der StGebVO in den Tätigkeitsbereich eines Steuerberaters fallen, dann gilt für seine Honorarforderung die StGebVO nicht (siehe oben); ihr kommt jedoch – wenn keine Honorarvereinbarung vorliegt – die Bedeutung einer **Taxe** im Sinne von § 612 Abs. 2 BGB zu. Die StGebVO enthält nämlich zwingendes Gebührenrecht für die Berufstätigkeit des Steuerberaters, aus ihr ergeben sich folglich ganz bestimmte und verbindliche Entgelte für steuerberatende Dienstleistungen. Diese zwingend vorgegebenen Sätze stellen deshalb – bei Fehlen einer Honorarvereinbarung – den **Marktwert einer Steuerberaterleistung im allgemeinen Dienstleistungsverkehr dar** (Thümmel, a.a.O.; vgl. auch die Auffassung der Wirtschaftsprüferkammer Düsseldorf, wie sie in dem vom Kläger überreichten Mitteilungsblatt Nr. 122/86 zum Ausdruck kommt, Bl. 42 d.A.).

Die vom Kläger hier noch honoriert verlangten Dienstleistungen stellen sich sämtlich als typische Steuerberaterleistungen dar. Es handelt sich nämlich um die Anfertigung einer Bilanz nebst Bilanzbericht, um die Betreuung bei Buch- und Geschäftsprüfungen und das Erstellen von Steuererklärungen. Auch die vom Kläger behauptete „laufende wirtschaftliche und steuerrechtliche Beratung“ fällt in den Bereich der Arbeiten, die (auch) ein Steuerberater gewöhnlich erbringt. Dazu kann auf den in § 1 StBerG umschriebenen Tätigkeitsbereich bei der Ausübung der Hilfe in Steuersachen verwiesen werden, übt ein Steuerberater die in der genannten Vorschrift umschriebene Tätigkeit aus, so gilt nach § 64 StBerG für die Höhe seines Honorars die Steuerberatergebührenverordnung. Ist diese – wie hier – als Taxe anzuwenden, so gilt sie für alle in ihr umschriebenen Gebührentatbestände.

Daraus folgt im vorliegenden Fall, daß der Kläger die von ihm eingeklagten restlichen Honorare nicht verlangen kann. Die ihm zustehende taxmäßige Vergütung ist nämlich, soweit sie sich aus seinen Darlegungen ableiten läßt, durch die vom Beklagten bereits erbrachten Zahlungen beglichen. Im einzelnen:

1. Rechnung vom 28.6.1985 über die Restsumme von 4.882,39 DM:

Der Kläger verlangt hier **Entgelt für die Erstellung der Bilanz** zum 31.12.1983 nebst Bilanzbericht. Nachdem der Beklagte unstreitig eine weitere Zahlung von 2.642,19 DM geleistet hat, verlangt der Kläger noch 2.240,20 DM.

Das vom Kläger verlangte Gesamthonorar setzt sich aus einer Wertgebühr von 2.368 DM und einer Zeitgebühr von 9.310 DM zusammen, dazu kommen Reisespesen und Fahrtkosten in Höhe von 604,80 DM. Die maßgebliche taxmäßige Vergütung nach der StBGebVO sieht für diese Leistungen lediglich Wertgebühren vor (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 6 StBGebVO). Für diese taxmäßige Vergütung kann der Kläger – mangels entsprechender Vereinbarung – keine Zeitgebühr verlangen. Bei dieser Sachlage kann zugunsten des Klägers unterstellt werden, daß ihm die umstrittenen Reisespesen und Fahrtkosten zustehen, die von ihm in Rechnung gestellte Wertgebühr (2.368 DM) und die in Rechnung gestellten Reisespesen pp. (604,80 DM) sind nämlich auf jeden Fall, und zwar auch einschließlich der geschuldeten Mehrwertsteuer, durch die Zahlungen des Beklagten beglichen.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt man, wenn man nach der vom Kläger mitgeteilten Bilanzsumme (DM 1.757.304,78) für das Honorar des Klägers die Höchstgebühren (!) der StBGebVO ansetzt:

Gebühr gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1, 30/10 =	DM 4.962,--
Gebühr gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6, 20/10 =	DM 3.308,--
Reisespesen incl. Fahrtkosten =	DM 604,80
Insgesamt =	DM 8.874,80
MwSt. 14 % =	DM 1.242,47
Gesamtentgelt =	DM 10.117,27
bereits gezahlt =	DM 11.762,19

2. Rechnung vom 28.6.1985 über 1.164,51 DM:

Hier verlangt der Kläger Honorar „für **Buch- und Betriebsprüfung** von Mai 1983 – Dezember 1984“ (Rechnungstext). Nimmt man als Erläuterung die Angaben des Klägers in der Klageschrift hinzu, so handelt es sich um „die Betreuung bei Buch- und Geschäftsprüfungen“. Damit fällt diese Tätigkeit in den Rahmen von **§ 29** der StBGebVO; der Kläger kann seine Tätigkeit folglich mit einer Zeitgebühr gemäß § 13 StBGebVO abrechnen.

Setzt man für die Tätigkeit des Klägers selbst (41 Stunden) den höchsten Stundensatz von 120 DM an, so zeigt sich schon bei sonst – zugunsten des Klägers – unveränderten Rechnungspositionen, daß die vom Beklagten geleisteten Zahlungen als Honorar ausreichen:

Klägerstunden, 41x120 DM =	DM 4.920,--
Steuerberaterstunden, 18x114 DM =	DM 2.052,--
Revisionsleiterstunden, 64,5x102 DM =	DM 6.579,--
Stundenhonorare =	DM 13.551,--
Reisespesen incl. Fahrtkosten =	DM 1.297,50
Gebühren insgesamt =	DM 14.848,50
zzgl. MwSt. 14 % =	DM 2.078,79
insgesamt =	DM 16.927,29
bereits gezahlt =	DM 18.240,--

3. Rechnung vom 28.6.1985 über 6.393,23 DM:

Hier rechnet der Kläger „**diverse Steuererklärungen** 1981/82/83/1.1.1983“ und „**LFD. Beratung** November 1983 – Mai 1985“ ab und zwar mit einer Zeitgebühr von 12.740,50 DM.

Diese Zeitgebühr erweist sich jedenfalls hinsichtlich der Anfertigung von Steuererklärungen als nicht berechtigt, weil die Steuerberatergebührenverordnung als maßgebliche Taxe in § 24 für die Anfertigung von Steuererklärungen Wertgebühren vorsieht. Der Kläger meint zwar, daß diese Wertgebühren nach der Steuerberatergebührenverordnung im Ergebnis höher wären, als die von ihm in Rechnung gestellte Zeitgebühr, er erläutert dieses Ergebnis jedoch nicht in der erforderlichen, nachvollziehbaren Weise. Auch die sonst bekannten Umstände lassen eine Ermittlung der berechtigten Wertgebühren nicht zu.

Im wertenden Ergebnis läßt sich deshalb nicht feststellen, daß dem Kläger einschließlich der von ihm geltend gemachten Reisespesen und Fahrtkosten (36760 DM) ein höheres Entgelt zustünde, als der Beklagte an Zahlungen erbracht hat (8.550).

.....

(wird fortgesetzt)

Steuerberatungsvertrag

- Mängelbeseitigung
- Gebühren für Neuerstellung der Umsatzsteuererklärung
- Anmerkung

(LG Düsseldorf Urt. v. 19.7.1988 – 10 O 119/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Ersatzanspruch für Mängelbeseitigungskosten setzt voraus, daß der Steuerberater mit der Beseitigung der Mängel in Verzug war bzw. daß er eine Frist mit Ablehnungsandrohung ungenutzt verstreichen ließ.
2. Der Anspruchsteller muß dem Steuerberater zum Zwecke der Beseitigung der Mängel die Steuerunterlagen überlassen.
3. Für die Neuerstellung der Umsatzsteuer-Jahreserklärung durch Übernahme der Beträge in eine andere Spalte und Beifügung einer Bescheinigung kann von dem neuen Steuerberater höchstens 1/10 der Rahmengebühr berechnet werden.

Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht begründet.

Der Kläger hat gegen den Beklagten keinen Anspruch auf Ersatz der Mängelbeseitigungskosten bzw. keinen Schadenersatzanspruch aus abgetretenem Recht nach §§ 633 Abs. 3, 635, 634, 398 BGB. Die Anfertigungen der Umsatzsteuererklärungen 1982 bis 1985 waren Gegenstand eines Werkvertrages, weil es sich jeweils um eine isolierte Einzelleistung handelte. Der Mangel der Leistung lag nach dem Vorbringen des Klägers nicht etwa darin, daß Umsatzsteuererklärungen überhaupt abgegeben wurden, obwohl die Umsätze letztlich steuerfrei blieben. Denn die Steuerbefreiung nach § 4 Abs. 1 Ziffer 21 UStG befreit nicht von der Abgabe der Steuererklärungen. **Der Mangel lag lediglich darin, daß die Umsätze nicht als steuerfreie deklariert** und statt in Zeile 10 und 11 in Zeile 12 des Formulars für die Umsatzsteuererklärung eingetragen worden waren und die erforderliche Bescheinigung der Landesbehörden nicht beigebracht war. **Die vom Beklagten deklarierten Umsätze waren nicht falsch.** Das räumt der Kläger ein, indem er in dem vorprozessualen Schreiben vom 19.11.1987 ausführt, „mit genau denselben Angaben“ habe er die Umsatzsteuerreduzierung erreicht.

Der Anspruch der Zedentin auf **Ersatz der Mängelbeseitigungskosten** (§ 633 Abs. 3 BGB) bzw. – bei Verschulden des Beklagten und der Höhe nach umfassender – auf Schadenersatz nach § 635, 634 BGB **setzt nun mindestens voraus, daß der Beklagte mit der Beseitigung der Mängel in Verzug war bzw. daß er eine Frist zur Mängelbeseitigung mit Ablehnungsandrohung ungenutzt hat verstreichen lassen.**

Daran fehlt es hier: Das Schreiben der Zedentin vom 18.5.1987 enthält keine Nachbesserungsaufforderung mit Ablehnungsandrohung und auch keine Fristsetzung für die Nachbesserung. Es beinhaltet nur die Bitte, sich bis zum 31.5.1987 zu dem Sachverhalt zu erklären. Selbst wenn man aber in dem Datum vom 31.5.1987 eine Frist zur Nachbesserung sähe, wären damit die Voraussetzungen eines Verzuges und die Voraussetzungen des § 634 BGB nicht erfüllt. Denn der Beklagte hatte während des Laufs der Frist gar keine Möglichkeit zur Nachbesserung. Infolge des Übergangs des Mandatsverhältnisses befanden sich die Unterlagen ab 1.3.1987 bei dem Steuerberater P. Die Zedentin war aus dem Steuerberatervertrag mit dem Beklagten und P. aus dem Praxisübernahmevertrag verpflichtet, dem Kläger die Unterlagen zur Berichtigung der Steuererklärungen zu überlassen. Das hat die Zedentin nicht nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Steuerberater P. die neuen Steuererklärungen erstellt hat, sondern auch nachträglich noch unstreitig abgelehnt.

Deshalb war der Beklagte weder mit der Nachbesserung in Verzug, noch hat er eine Frist zur Mängelbeseitigung ungenutzt verstreichen lassen.

Das Klagebegehren des Klägers wäre auch dann nicht erfolgreich, wenn man von einem Dienstvertrag und einer positiven Vertragsverletzung ausginge. In diesem Falle würde sich bereits die Frage stellen, ob der Steuerberater P. nicht aus dem Praxisübernahmevertrag verpflichtet gewesen wäre, diesen Fehler durch Einlegung des entsprechenden Rechtsbehelfes gegenüber dem Finanzamt zu beseitigen, so wie es auch der Beklagte getan hätte, wenn er Frau K. weiter betreut hätte. Der dadurch angefallene Arbeits- und Honoraraufwand hätte sicherlich weit unter den abgerechneten Gebühren gelegen. Denn der Kläger kann, selbst wenn man von der Notwendigkeit einer Neuerstellung der Umsatzsteuererklärungen ausgeht, sicher nicht den Höchstsatz des Rahmens beanspruchen. Dieser reicht von 1/10 bis 6/10. Da der Kläger selbst vorträgt, daß er mit denselben Zahlen, die der Beklagte ermittelt hat, die Umsatzsteuererklärungen neu erstellt hat und da aus der Vorlage derselben im Vergleich zu den vom Beklagten gefertigten ergibt, daß es nur darum ging, **die Beträge in eine andere Spalte einzutragen und die geforderte Bescheinigung beizufügen**, hätte der Steuerberater P.

höchstens 1/10 als Gebühr berechnen können. Das wäre insgesamt ein Betrag von rd. 250,- DM gewesen, da für den erheblichen Zusatzaufwand, der nach Stundensätzen abgerechnet wird, nichts Schlüssiges dargestellt ist. Angesichts dieses geringen Betrages stellt sich die Frage, ob der Steuerberater P. allein aus dem Übernahmevertrag mit dem Beklagten nicht verpflichtet war, derartig geringfügige Berichtigungsleistungen im Rahmen der übernommenen Mandatsverhältnisse kostenlos zu erbringen.

Anmerkung:

Die Fristsetzung zur Mängelbeseitigung ist entbehrlich, wenn sie vom Steuerberater bereits verweigert wurde oder der Mandant nicht mehr das Vertrauen haben kann, daß die Nachbesserung ordentlich durchgeführt wird (vgl. OLG Stuttgart DSfR 1978, 116; BGHZ 46, 242; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberatung 2. Aufl., 1988, Tz. 600).

GI Hinweis

Das Steuerberaterjahrbuch 1988/1989 – Band 40 – ist vom Verlag Dr. Otto Schmidt KG Köln vorgelegt worden (485 Seiten, DM 98,-).

Im Mittelpunkt des Jahrbuches stehen die durch das Steuerreformgesetz 1990 aufgeworfenen Fragen. Die Arbeit des Steuerberaters muß sich darauf einrichten, die Auswirkungen der Änderungen zu erkennen und für den Mandanten eine passende Strategie für die Zeit vor und nach der Rechtsreform zu erarbeiten. Folgende Themen werden angesprochen: Die Vollverzinsung, die Neugestaltung des Einkommen- und Körperschaftsteuertarifs, die geänderte Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, die Neuordnung der Vereinsbesteuerung und die Umsatzsteuerharmonisierung in der EG. Weitere Schwerpunkte sind Ansatzprobleme beim Vorratsvermögen, die Teilwertabschreibung von Auslandsbeteiligungen, die Einlegung und Herausnahme immaterieller Wirtschaftsgüter und die steuerliche Behandlung des Drittaufwandes.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–7, 1989)

Abfindungsvergleich			
– Anwaltskosten	89,	2	
Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp			
– Ausschußfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89,	94	
Anderkonto			
– des Notars	89,	50	
	(LS)		
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	
	(LS)		
Anlageberatung			
– Immobilienkauf 1980	89,	73	
– Liquiditätsbelastung	89,	73	
– Pflicht zur –	89,	73	
– Prognosen	89,	36	
	(LS)		
– Risiken			
= projizierte Steuervorteile	89,	36	
	(LS)		
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89,	50	
	(LS)		
– Schaden	89, 36,	73	
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß	89,	42	
– Verjährung	89,	89	
– Werkvertrag	89,	89	
Bekanntgabe d. Steuerbescheides			
– an Mandanten oder StB	89,	22	
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89,	12	
= eigene Sachkunde, Zahnarzt			
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89,	25	
Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)			
– grobes Verschulden			
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse d. Mitarbeiters	88,	22	
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO			
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2,	36	
Beweislast, s. auch Darlegungslast			
– Belehrungspflicht	89,	28	
– Buchungsfehler	89,	30	
Bilanzerstellung			
– Dritthaftung	89,	95	
– Grundstücksbewertung, Information d. Mandanten	89,	2	
– Testat	89,	95	
Buchhaltungsauftrag			
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89,	36	
	(LS)		
Darlegungslast f. Regreßanspruch, s. auch Beweislast			
– Buchungsfehler	89,	30	
DATEV-Daten			
– Übertragung auf Kollegen	89,	39	
– Vernichtung von –	89,	39	
Dritthaftung			
– Anwaltsvertrag	89,	3	
– Bilanzerstellung	89,	95	
– Sachwalterhaftung	89,	3	
– aus Testat	89,	95	
Freie Mitarbeiter			
– Abgrenzung Arbeitnehmer	89,	72	
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89,	94	
Honoraranspruch			
– bei Anschlußkonkurs	89,	33	
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89,	34	
– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89,	41	
– Gebührenrahmen	89,	116	
= neue Umsatzsteuererklärung			
– Gegenstandswert			
= Anerkennungsverfahren f. StB-Gesellschaft	89,	34	
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89,	34	
– ordnungsgemäße Honorarrechnung, Unterschrift	89,	34	
– Sachverständigengutachten	89,	109	
– des Wirtschaftsprüfers	89,	111	
= Anwendung der StBGebV	89,	111	
Kausalität			
– wirtschaftliche Vorteile bei steuerlichen Nachteilen	89,	100	
Kosten d. FG-Prozesses			
– Kostenpflicht d. StB.	89,	87	
Kündigung des Mandats			
– aus wichtigem Grund	89,	109	
Mandantengelder			
– Anderkonto des Notars	89,	50	
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	
Mitverschulden			
– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89, 50,	73	
	(LS)		
– überlegene Sachkunde d. StB.	89,	73	
Nachbesserung			
– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB	89,	116	
Notar			
– Anderkonto	89,	50	
	(LS)		
– Belehrungspflicht			
= über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89,	94	
– Darlehensauszahlung ohne erstrangige Grundschild	89,	50	
	(LS)		
– Eigenverantwortlichkeit	89,	94	
– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89,	102	
= Prüfung materieller Fragen	89,	102	
– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89,	94	
Praxiswert			
– Abschreibung eines erworbenen –	89,	109	
Prospekthaftung			
– d. Treuhänders	89,	62	
– Verjährungsbeginn	89,	2	
Rechtsbeistand			
– Sozietät mit Anwaltsnotar	89,	72	
Sachwalterhaftung			
	89,	3	
Sachverständiger			
– Abweichung von Sachverständigengutachten	89,	109	
Schaden			
– Anlageberatung	89,	36	
	(LS)		

BGH v. 25.10.1988 – XI ZR 3/88 = WM 1988, 1755 = ZIP 1988, 1474 = BB 1988, 2428 = EWär § 67 BGB 1/89, 33 Keller = WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel = DStR 1989, 259	89, 37	BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86 = BFH NV 1988, 47	89, 34
BGH v. 10.11.1988 – IX ZR 31/88 = WM 1988, 1853	89, 94	BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83 = BFH NV 1988, 760	89, 108
BGH v. 13.12.1988 – IX ZR 26/88 = INF 1989, 166 = StB 1989, 122	89, 109	BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86 = BStBl. 1988, 979	89, 109
BGH v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88 = WM 1989, 450	89, 72	BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83 = STEUER-TELEX 0824 = LEXinform 0081194	89, 22
BGH v. 26.1.1989 – XI ZR 81/88	89, 79	BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 = BStBl. 88 II, 109	89, 22
BGH v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88	89, 73	BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86 = BFH NV 1988, 752	89, 108
BayOLG Beschl. v. 17.9.1987 – BReg. 3 Z 76/87 = AG 1988, 18	89, 22	BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87 = DStR 1989, 209	89, 94
OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87	89, 39	FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 – IX K 237/84 = EFG 1988, 546	89, 46
OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86	89, 42	FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987 = EFG 1987, 449	89, 108
OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87	89, 51	FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 – VI 225/86 E, nicht rkr.	89, 87
OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 W 62/88	89, 44	LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87 = StB 1989, 45	89, 72
OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102	VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266 = MittBl. WPK Nr. 133/89	89, 72
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82	Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988 – S 0202-4-VC	89, 22 (LS)
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111		
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86 = NJW 1988, 2807	89, 34		
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5		
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62		
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94		
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23		
OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50 (LS)		
LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87 = StB 1988, 389	89, 34		
LG Arnsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90		
LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2		
LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25		
LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2		
LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116		
LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14		
LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88 = wistra 1988, 327	89, 2		
LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30		
LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2		
LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89		
LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36		
LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88 = wistra 1988, 326	89, 36 (LS)		
LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88 DStR 1988, 753	89, 50 (LS)		
LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35		
AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.